

ich-bin-sauarm-Preis: €0,50
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100

REVOLUTION

Kommunistische Jugendorganisation ★ Nummer 19

Ist Bildung eine Sache für Reiche und solche, die es werden sollen?

Wessen Schule?

Auf die Straße, um gegen den Bildungsnotstand zu protestieren!

Unsere Schule!

www.onesolutionrevolution.de

Mobilize

Samstag, 9. September

„Rock für Links“ in Marzahn-Hellersdorf
ab 14 Uhr, S7 Raoul-Wallenberg-Straße, Berlin
☛ www.kein-verstecken.de

Sonntag, 10. September

große Aktionskonferenz für den Schülerstreik

Mittwoch, 13. September

Schülerstreik gegen Bildungsabbau in Berlin!
☛ www.schulaction.de

Samstag, 16. September

„Beats Against Fascism“ in Lichtenberg mit
ZSK, Irie Revoltes, Rolando Random und mehr
ab 14 Uhr, Weitlingstr./Münsterlandplatz, Berlin
☛ www.lichtenberg-gegen-rechts.tk

Samstag, 21. Oktober

sechs regionale Demos gegen Sozialabbau
☛ www.dgb.de

weitere Termine für Berlin

☛ stressfaktor.squat.net/termine.php

Café Rojo

Das rote Jugendcafé in Schöneberg/Kreuzberg
★ jeden Freitag um 17 Uhr in der Roten Insel ★
Mansteinstr. 10 ★ U+S-Bhf Yorckstraße

25.8. Spanische Revolution

Vor 70 Jahren begann der spanische Bürgerkrieg
– mit Film „Land and Freedom“ von Ken Loach

01.9. Feminismus

Eine erste Annäherung in aller Radikalität
– mit Film „Die Kinder sind tot“ (Frankfurt/Oder)

08.9. Schülerstreik

Vorbereitungen für den Schülerstreik in Berlin
– mit Film über Schülerproteste in Los Angeles

15.9. Anti-G8-Proteste

Wenige wagten es dieses Jahr gen Russland –
Eine Referentin berichtet von ihren Erfahrungen

22.9. Antifaschismus

Bei den Landtagswahlen traten Neonazis an –
was können linke Jugendliche dagegen tun?

powered by: **REVOLUTION** und [**solid**]36

☛ www.caferojo.de.vu

Ein paar Worte vom Layouter...

Die Jugendzeitung REVOLUTION gibt es
trotz staatlicher Repression wieder!

Nachdem ich – euer Lieblings-Layouter
– und mehrere AutorInnen das Gesicht voller
Pfefferspray gekriegt haben, als wir gegen
den Rudolf-Hess-Gedenkmarsch am 19.
August in Berlin protestieren wollten, hatten
wir einige Probleme mit dem Deadline. Es ist
eben schwer, eine Zeitung zu machen, wenn
einem die Augen brennen!

Berlin, 20. August 2006

2

Liebe Revo...

Hätten wir genug Rückgrad...

Ich wollte kurz meinen Senf zu dem Artikel „Die
Rote Karte für Merkel“ (REVO Nr. 18) dazu tun.

Super Artikel, absolut und vollkommen richtig.
Doch habt ihr unter „Die Proteste“ geschrieben,
dass der Grund dafür, dass die Offensive des
Staates von uns (Arbeiterklasse und gerade Jugend)
nicht zu stoppen ist, weil er uns zu fest im Griff
hat. Ich denke jedoch, dass gerade das Desinteresse
und die Null-Checkung der Jugendlichen einen
erheblichen Anteil an Widerstand ausmacht –
oder besser gesagt nicht ausmacht.

Ich denke nach wie vor, dass Jugendliche in
Deutschland nicht die leiseste Ahnung haben,
wie viel wir gemeinsam ändern könnten, hätten
wir alle genug Rückgrad

Svenja (19)

„Bist du ein Coca-Killer?“

Diese Frage wurde im Rahmen einer Anti-Coca-Cola-
Aktion gestellt. In Kolumbien gab es sieben
dokumentierte Fälle, in denen Coke-GewerkschafterInnen
ermorden liess. Eine internationale Boykottkampagne
macht auf diese Morde aufmerksam.

Beim Straßentheater von REVOLUTION konnten
PassantInnen probieren, Coke-GewerkschafterInnen
auszuschalten und damit die Profite des Konzerns
hoch ..äh.. den Preis von Coke niedrig zu halten.
Denn der Getränkehersteller ist immer auf der Suche
nach neuen „Coca-Killern“. Mit Dosen konnte man
auf vier Gewerkschafter-Köpfe werfen – falls sie
umkippten, waren Botschaften wie „Gewerkschaft
vertrieben“ oder „Streik gebrochen“ auf der
Rückseite zu lesen.

„Coca-Killer“ konnte mensch auf dem Inselrock-
Festival in Berlin-Reinickendorf und in der Fußgängerzone
in Wolfsburg spielen.

von Indymedia | <http://de.indymedia.org/2006/07/151397.shtml>

Von Berlin nach Beirut

Am Samstag war die bisher größte Demo in Berlin
gegen den Krieg im Libanon. Über 5.000 Menschen
zogen vom Roten Rathaus zum Potsdamer Platz.
Dabei war natürlich auch REVO...

voller Bericht | <http://de.indymedia.org/2006/08/154998.shtml>



Wo ist dein Bericht/Leserbrief?

Schick ihn an: info@onesolutionrevolution.de

Auf die

Am 17. September wird das Berliner Abgeordnetenhaus
gewählt. Die WählerInnen entscheiden dann, welche Leute
in den nächsten Jahren für die Bildungspolitik zuständig sind.

Zu diesen WählerInnen gehören jedoch lange nicht alle,
die von dieser Politik betroffen sind. Eine Stimme hat
man erst ab 18, wenn man denn überhaupt deutscher
Staatsbürger ist!

Und wer garantiert denn, dass die PolitikerInnen,
die dann im Amt sitzen überhaupt etwas ändern? Der
„linke“, rot-rote Senat, der seit vier Jahren in Berlin
regiert, hat unsere Lage offensichtlich nicht verbessert.
Im Gegenteil:

Die **Lernmittelfreiheit** wurde abgeschafft. JedeR
SchülerIn muss nun bis zu 100 € pro Schuljahr für
Bücher zahlen – zusätzlich zu den sonstigen Ausgaben
für Exkursionen, Hefte, usw.

Der Stundenausfall ist an vielen Schulen nicht mehr
hinzunehmen. Das liegt daran, dass es in Berlin zu
wenige LehrerInnen in den Schulen gibt. Statt aber
frisch ausgebildete LehrerInnen einzustellen, wurden
2005 und 2006 Stellen gestrichen.

Am Ende des letzten Schuljahres wurde der „Bögertag“
verkündet, der die Ferien um einen Tag verlängerte.
Der freie Tag ist aber kein Ruhmestag für Schulsenator



Was kann ich auf meiner Schule tun?

A: Informieren!

Kürzungen und Verschlechterungen gibt es ununterbrochen,
aber nur wenige SchülerInnen wissen darüber. Noch weniger
wissen, was man dagegen tun kann. Wir müssen informieren,
warum wir streiken müssen und wie wir streiken können.
Es wird im Vorfeld des Streiks Seminare und Konferenzen
geben – organisiert selbst Veranstaltungen direkt auf der
Schule, z.B. in der Schülervertretung oder in einer
Schülerversammlung.

Straße gegen den Bildungsnotstand!

Am 13. September wollen Berlins SchülerInnen in den Streik treten

Böger, sondern nur der Ausgleich für die Mehrheit, die er den verbliebenen LehrerInnen aufgedrückt hat.

Vor allem im Ostteil Berlins werden viele **Schulen geschlossen** oder zusammengelegt. So droht nun z.B. der Gandhi-Schule das Aus. Im letzten Schuljahr konnten die SchülerInnen der Camille-Claudel- und der Pasteur-Oberschule mit gemeinsamen Streik- und Protest-Aktionen ein Zeichen setzen gegen die Zusammenlegungs-Pläne der Senatsschulverwaltung.

Dass es angeblich so wenige SchülerInnen gibt, ändert nichts am **Ausbildungsplatzmangel**. In Berlin-Brandenburg bekamen letztes Jahr nur fast 30 Prozent der jungen Suchenden einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Der Rest ging leer aus oder wurde mit so genannten „berufsvorbereitenden Maßnahmen“ an einer Berufsschule abgespeist – d.h. man darf ein Jahr später wieder sein Glück versuchen.

Wer das Privileg genießt, das Abi in der Tasche zu haben und in Berlin studieren möchte, muss sich statistisch gegen fünf andere BewerberInnen durchsetzen. **Studiengebühren** sind in Berlin noch nicht eingeführt worden, aber die Pläne, den Studierenden etwa 500€ pro Semester abzunehmen, liegen schon in der Schublade. Mit den 50€ „Rückmeldegebühren“ sind aber jetzt schon versteckte Studiengebühren zu zahlen.

Die Bedingungen

Überhaupt ist das Schulsystem in seiner dreigliedrigen Struktur elitär und ungerecht. Schon früh wird aussortiert, wer es schwer haben soll, in die Mittelschicht der Gesellschaft zu kommen. Förderung? Fehlanzeige! Wozu? Man kann doch die SchülerInnen einfach an die jeweils niedrigere Stufe abgeben. Und „oben“ im Gymnasium wird Leistungsdruck ausgeübt und elitäres Denken gelehrt. Die Ellenbogengesellschaft fängt eben nicht erst im „richtigen Leben“ an.

Aber dort geht sie natürlich weiter. Der Sozialabbau, der schon viele von uns Jugendlichen betrifft, ist generationenübergreifend. Immer

mehr Leistungen werden gekürzt für die, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um überleben zu können – also für die ArbeiterInnen. Das Arbeitslosengeld wurde auf das absolute Mindestniveau gekürzt und die EmpfängerInnen von „Hartz IV“ der totalen Kontrolle durch den Staat ausgesetzt, Renten werden nicht erhöht, den Menschen im öffentlichen Dienst die Löhne gekürzt, staatliche Versorgungsunternehmen privatisiert, und so weiter und so fort.

Die Kämpfe

Doch man muss und man kann sich wehren! Ob gegen Werkschließungen, verschärfte Ausbeutung oder die Sozial-Kahlschlagspolitik der Regierung – bei genügend Protest, können wir die Angriffe der Herrschenden abwehren.

Es genügt schon, sich an die Schülerproteste in der ersten Jahreshälfte 2006 in Frankreich und in Chile zu erinnern: Die SchülerInnen gingen gegen die neoliberale Politik ihrer Regierungen auf die Straße, besetzten Schulen und organisierten sich landesweit. Sie schafften es, die Gewerkschaften dazu zu bringen, ihren Protest zu unterstützen. Die Streiks der ArbeiterInnen, die die Produktion ins Stocken brachten, zwangen die Regierungen schnell in die Knie!

Natürlich ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Herrschenden, die Konzerne und die Regierungen, erneut einen Angriff auf uns starten, denn sie müssen weiter dafür sorgen, dass sie sich im internationalen Konkurrenzkampf durchsetzen können. Auch die Herrschenden hier in Deutsch-

Bildet euch!

Bildet andere!

Bildet Schüleraktionsgruppen!



land sind so zu Angriffen auf uns gezwungen und werden daher auch von unserer Bildung nicht ablassen. Deswegen müssen wir für Bildung kämpfen.

Sie soll nicht ein Produkt sein, das man erhält, wenn man es zahlen kann – Bildung muss ein Grundrecht sein! Um Bildung für alle zu garantieren, müssen wir die Profitlogik, die unsere Gesellschaft bestimmt, durch-

brechen. Nur wenn sich die Gesellschaft nach den Bedürfnissen der breiten Massen und nicht nach den Profiten der wenigen Kapitalisten richtet, können wir unsere Bildung nach unseren Interessen, nicht nach den Erfordernissen der Börse, gestalten. Deshalb soll jeder Kampf – auch ein Schülerstreik – als Beitrag zu einer Umwälzung der Gesellschaft gesehen werden.

Die Gegenwehr

Was die Beispiele von Frankreich und Chile aber zeigen ist: es ist sehr wohl möglich sich zu wehren – und genau das wollen wir tun!

Wir wollen gerade jetzt vor den Wahlen zeigen, dass wir es ernst meinen mit unserer Bildung und dass wir es nicht zulassen werden, dass weiter so eine kapitalistische Scheiß-Politik gemacht wird.

Ein Bündnis aus SchülerInnen und linken Organisationen hat sich bereits gebildet um für einen Schülerstreik am 13. September zu mobilisieren – die direkte Vorbereitung und vor Allem die Durchführung des Streiks liegen aber in den Händen der Schülerinnen und Schüler an der Basis!!!

www.schuelerstreik.de.tc | www.schulaction.de

A: Organisieren!

Für einen großen Streik, brauchen wir auf jeder Schule Mobilisierungsstrukturen. Bildet Schüler-Aktionsgruppen, die für alle Interessierte offen sind, die vor Ort die Mobilisierung für den Streik organisieren. Ihr könnt euch als Schüler-AG in einem Klassenzimmer, in einem Schülerclub, oder notfalls auf dem Hof oder in einem naheliegenden Café treffen.

A: Vernetzen!

Die Aktionsgruppen, kämpferische Schülervertretungen und andere Mobilisierungsstrukturen müssen sich berlinweit koordinieren. Dazu soll es regelmäßige Bündnistreffen sowie Seminare und eine große Aktionskonferenz geben. Jede Schüler-Aktionsgruppe soll VertreterInnen wählen, die an den bezirk- und berlinweiten Strukturen teilnehmen.

A: Verteidigen!

Die Schulleitungen und die Ämter werden alles mögliche drohen, um Schüler vom Streik abzuhalten: Tadel, Fehltag, Suspendierung, Rauswurf usw. Aber dürfen sie das überhaupt? Wir SchülerInnen haben ein Recht auf politischen Protest, also auf Demos und Streiks. Informiert euch über eure Rechte im Schulgesetz, um die Drohungen der Schulleitung zu neutralisieren.

A: Mobilisieren!

Tausende SchülerInnen werden nur dann streiken, wenn sie darauf vorbereitet sind. Deshalb müssen wir in den Wochen vor dem Streik kontinuierlich mobilisieren: Flugblätter verteilen, Versammlungen abhalten, Pläne machen. Vor allem in den letzten Tagen müssen wir mit Plakaten und Transpis jedem und jeder klar machen, wann, wie und warum gestreikt wird.

Pinguin-Revolution



Chilenische SchülerInnen besetzen die Schulen und fordern...

Wie nennt man es, wenn Millionen schwarz-weiße Gestalten die Straßen füllen und Steine auf die Polizei werfen? Ein „Pinguin-Aufstand“. So eine Bewegung gab es im Mai und Juni in Chile, als über eine Million SchülerInnen gegen die miserablen Zustände im Bildungswesen kämpften. Wegen ihrer schwarz-weißen Schuluniformen sah es aus, als ob die Staatsmacht von Pinguinen angegriffen wurde.

Chile gilt als eines der wohlhabendsten und stabilsten Länder Lateinamerikas, „eine Schweiz des Südens“, wie manche PolitikerInnen gern behaupten. Aber die neoliberalen Reformen, die bereits in den 80er Jahren vom Militärdiktator Pinochet eingeleitet wurden, bedeuten immer mehr Verarmung für die breite Masse – und die chilenische Jugend hat sich offensichtlich von dem Aufruhr in anderen Ländern ihres Kontinents inspirieren lassen..

Die Streiks

Die SchülerInnen forderten die Abschaffung des verhassten „organischen verfassungsmäßigen Bildungsgesetzes“ (LOCE), das einen Tag vor Pinochets Amtsabschied im März 1990 in die Verfassung aufgenommen wurde. Dieses Gesetz überantwortet das Bildungswesen den mit geringen Finanzmitteln ausgestatteten örtlichen Verwaltungen – dadurch haben reichere Viertel mehr Geld für Schulen als arme Viertel – und bahnt der Privatisierung von Schulen, Fachhochschulen und Universitäten den Weg.

Die Proteste, die anscheinend aus dem Nichts kamen, basierten auf der Selbstorganisation der SchülerInnen. Jede Klasse wählte Delegierte, und diese wählten SchulsprecherInnen. Diese wiederum wählten auf Regionaltreffen Delegierte aus ihren Reihen für landesweite Treffen in der Hauptstadt Santiago. Auf diesen Treffen

4

wurde die Bewegung organisiert. Alle Delegierten konnten von der Basis wieder abgewählt werden.

An jeder Schule organisierten sich Komitees: für Sicherheit, Sauberkeit, Propaganda, Versorgung, Spendensammlung, Unterhaltung usw.

Hinter verschlossenen Schultüren organisierten sich die SchülerInnen im Hinblick auf den schulischen Alltag, aber auch für die Ausweitung ihres Kampfes. Sie besetzten die Gebäude, so dass wenigstens immer 30 SchülerInnen anwesend waren. Einkäufe, Küchendienst usw. wurden organisiert und Musikanlagen sorgten für Reggae und Hardcore.

Sie nahmen sich sogar Zeit, die sanitären Anlagen und Schulmauern mit Bildern aus ihrem Kampf künstlerisch zu verzieren oder Theaterstücke zu schreiben, um ihre MitschülerInnen und Gäste zu unterhalten.

Das Bewusstsein

Seit dem Beginn der Proteste haben viele SchülerInnen das Gesetz zur Bildung besser verstanden, was sie unter anderem dem Einsatz von StudentInnen verdanken, die sie mit Material und Kurzvorträgen versorgten. Diese Erkenntnisse veränderten die Proteste der SchülerInnen von einer bescheidenen Reformbewegung hin zu einem regelrechten Aufstand gegen die neoliberale Bildungspolitik in Chile.

Aber das Interesse der SchülerInnen galt nicht nur Bildungsfragen: Material von linken, marxistischen Gruppen – z.B. die Zeitung „der schwarze Pinguin“ – wurde regelrecht verschlungen.

Die SchülerInnen entdeckten die revolutionäre Massendemokratie: Redefreiheit, offene Austragung von Streitpunkten, demokratische Schülerräte mit Handlungsvollmacht und Entfernung von Delegierten oder Gruppen, die die Disziplin der Bewegung verletzen.

Der Höhepunkt der Bewegung war am 5. Juni, als sich mehr als eine Million SchülerInnen, LehrerInnen, medizinisches Personal und andere ArbeiterInnen dem Streik anschlossen.

Am Abend gab es einen Aufmarsch in der

Innenstadt von Santiago. Trotz ursprünglicher amtlicher Genehmigung entzog die Stadtverwaltung dieser Demonstration die Erlaubnis. Aber Tausende von Jugendlichen und anderen AktivistInnen kamen trotzdem zusammen, um gegen die Regierung und für die Unterstützung der SchülerInnen aufzutreten. Eine Gruppe von GeschichtsstudentInnen erschienen mit einem Transparent: „Wir nehmen an keinen Geschichtsseminaren teil, Geschichte wird auf der Straße gemacht“.

Die polizeiliche Eingreiftruppe trat ihnen gegenüber. Große Wasserwerfer, Gruppen schwer bewaffneter Polizisten, Lastwagen mit Tränengaskanistern und vergitterte Busse, die für Verhaftete bestimmt waren, waren bereits am frühen Morgen an den Verkehrsknotenpunkten rund um die Universität aufgestellt worden.

Um 17 Uhr brachen Handgemenge zwischen Jugend und Eingreifpolizei nahe der Nationalbibliothek aus. Gruppen von Jugendlichen kamen aus der Universität und bewarfen die verhasste Polizei und die Wasserwerfer mit Steinen – eine andere Schülergruppe bekleckerte vom Dach der Universität aus die Polizeischwadron mit Wandfarbe. Ein Katz und Maus-Spiel begann und setzte sich bis tief in die Nacht fort.

Während der Nacht attackierten Neonazi-Gruppen einige der besetzten Schulen. Die SchülerInnen stellten darauf hin, Sicherheitsausschüsse auf, bewaffnet mit Metallstangen und Keulen.

Die Perspektiven

Gegenwärtig haben die SchülerInnen der Regierung einige Zugeständnisse wie kostenlose Schülerfahrkarten, kostenlose Schulspeisen für arme SchülerInnen abgerungen, sowie Versprechen, die langen Schulstunden zu revidieren, bedürftige SchülerInnen zu unterstützen usw.

Die Regierung versucht zu manövrieren und hat eine Sonderkommission beauftragt, die ein Programm für Verbesserungen im Bildungsbereich ausarbeiten soll. Dass diese Kommission keine wesentlichen Änderungen bringen wird, wissen auch die meisten SchülerInnen Chiles.

Die Massenbewegung der SchülerInnen ist mehr oder weniger verschwunden, weil die meisten Pinguine nach wochenlangen, ununterbrochenen Straßenschlachten und Besetzungen erschöpft waren.

Doch sie haben gezeigt, ähnlich wie die Bewegung gegen das CPE-Gesetz in Frankreich, dass ein paar Wochen revolutionäre Massenkämpfe mehr erreichen können als ein paar Jahrzehnte reformistische Parlamentsarbeit. Die chilenische Jugend, von der eignen Radikalität und Durchsetzungskraft überrascht, hat auch die Arbeiterklasse in Bewegung gebracht und damit das Land erschüttert.

Wenn das in Chile passieren kann, kann es überall – selbst in der BRD – passieren.

von Diego aus Santiago
und Wladek aus Kreuzberg



Am 17. September finden in Berlin Wahlen für ein neues Abgeordnetenhaus – damit auch für einen neuen Senat – statt. Bei diesem Wahlgang ist es lediglich Menschen ab 18 Jahren erlaubt zu wählen. Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) – den Bezirksparlamenten – erlauben es die Herrschenden erstmals Menschen ab 16 Jahren zu wählen.

Warum Jugendlichen nicht erlaubt wird auch die Landesregierung zu wählen, wird von den Politikern meist mit einer angeblichen Unreife junger Menschen begründet. Wir treten für ein allgemeines Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen ab 16 Jahren ein, denn wer reif genug ist, im Betrieb ausgebeutet zu werden, sollte auch reif genug sein, eine Regierung zu wählen.

Die SPD und die PDS

Seit 2001 regiert in Berlin ein so genannter rot-roter Senat, der von einer Koalition aus SPD und der Linkspartei.PDS getragen wird. Vor allem die PDS stellte sich im letzten Wahlkampf als die soziale Alternative zum „neoliberalen Einheitsbrei“ dar. Doch wir alle konnten in den letzten fünf Jahren sehen, wie diese „soziale Alternative“ aussieht:

Der Anteil der Menschen, die in Armut leben müssen, stieg von 1998 bis 2004 von 12,1% auf 15,6%. 23,6% der Menschen unter 18 Jahren leben in Armut, das ist jedeR vierte dieser Altersgruppe. Doch nicht nur statistisch lässt sich eine Verarmung der Berliner Bevölkerung beobachten; seit Einführung der „Hartz IV“-Gesetze sieht man immer mehr Menschen, die darauf angewiesen sind, ihren Lebensunterhalt durch das Sammeln von Pfandflaschen aufzubessern.



Sozial kürzen



Massiv kürzen



Massiver kürzen



Bürgernah kürzen



Sozialistisch kürzen



Das Kürzen kürzen

Und während auf der einen Seite immer mehr Jugendfreizeitzentren – in den letzten zehn Jahren über hundert – geschlossen werden und Schulen zusammengelegt werden, pumpt der Senat Milliarden in die Wirtschaft. So wurde allein die Berliner Bank mit zwei Milliarden Euro Soforthilfe und durch die Übernahme von Risiken, die sich aus Kreditgeschäften ergaben bzw. ergeben werden, in Höhe von 21,6 Milliarden Euro unterstützt.

Diese Politische Praxis ist mehr oder weniger Konsens bei den im Abgeordnetenhaus sitzenden Parteien. Die Wahl zwischen einem FDP/CDU-Senat und einem SPD/PDS-Senat, ist die Wahl zwischen Kugel und Gift.

Die WASG

Allerdings gibt es eine neue Kraft: Die Wahlalternative „Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG). Die WASG wurde letztes Jahr hauptsächlich von ehemaligen SPD'ern, die mit der Regierung Schröder unzufrieden waren, ge-

gründet. Diese Partei tritt – zumindest rhetorisch – kämpferisch gegen die unsoziale Politik des rot-roten Senats und Sozialabbau im Allgemeinen auf. Natürlich wird eine WASG-Fraktion im Abgeordnetenhaus die Kürzungen und andere Entscheidungen nicht verhindern. Für die herrschende Politik gibt es nämlich keine andere Möglichkeit zu regieren, wenn es der Wirtschaft gut gehen soll.

Denn durch die Globalisierung und die damit verbundene Liberalisierung der Weltmärkte

wächst der Druck auf die deutschen Kapitalisten, immer billiger zu produzieren, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Und „billiger produzieren“ heißt letztendlich nichts anderes als weniger Geld für die Beschäftigten auszugeben. Um diesen Teufelkreis zu durchbrechen, reicht es nicht, den Kapitalismus lediglich „humaner“ verwalten zu wollen – wie es die PDS und auch die WASG wollen. Der einzige Ausweg aus der Misere ist eine radikale Umwälzung der Besitzverhältnisse.

Die Demokratie

Warum trotzdem WASG wählen? Jede Stimme für sie ist eine Stimme gegen die Sozialabbau-Einheitsfront aus CDU, FDP, PDS, SPD und den Grünen. Nur so kann man wirklich überprüfen, ob sich die WASG an ihre Wahlversprechen hält und eine lautstarke Opposition im Abgeordnetenhaus bildet, oder ob sie wie die Linksfraktion im Bundestag in der Versenkung verschwindet. Sehr wahrscheinlich ist auch – wenn man sich die politische Arbeit der PDS und der WASG

im Bundestag anschaut –, dass die WASG lediglich die „schlimmsten“ Formen der Rationalisierung anprangern wird und viele kleine Kürzungen mit durchwinken wird.

Doch trotzdem: Die Leute werden nicht mit der reformistischen Ideologie brechen, weil es in Flugblättern oder Zeitungsartikeln steht, sondern weil sie die Reformismus vor Augen haben werden; weil sie die Widersprüche zwischen der linken Rhetorik und der rechten Praxis sehen werden. Oder frei nach Lenin: Wir stüt-

zen reformistische Parteien durch eine Stimme so, wie ein Strick einen Gehängten.

Natürlich bedeutet das nicht, dass man sich nun zurücklehnen und dem Lauf der Geschichte zuschauen soll. Es reicht nicht aus, alle Jahre jemanden zu wählen, der uns ver- bzw. eher zertreibt. Vielmehr liegt es nun auch an uns Jugendlichen, die zu den unterdrücktesten Bevölkerungsschichten gehören, unseren Protest auf die Straße zu bringen, uns eigenständig zu bilden und vor allem uns zu organisieren.

Eine gute Möglichkeit unsere Wut – in diesem Fall über das repressive, ungerechte, leistungsfetischistische Schulsystem – zum Ausdruck zu bringen, ist der Schülerstreik in Berlin in der Woche vor den Wahlen. Doch um diesen Tag zu einem Erfolg werden zu lassen, brauchen wir eine Vernetzung von aktiven Schülern, damit wir den Herrschenden zeigen können, dass wir nicht mit ihrer Politik und ihrem System einverstanden sind.

Wählen ändert nichts.

Aber WASG wählen! Über die Wahlen am 17.9. in Berlin

Über einen Monat dauerte der Nahostkrieg zwischen Israel und der radikal-islamischen Hisbollah bis zur vorläufigen Waffenruhe. Der Krieg in den Palästinensergebieten gehen weiter. Laut israelischer Regierung geht es in beiden Fällen darum, die Hisbollah bzw. die

Libanon in

Die Invasion im Libanon dauerte 30 Tage und forderte 1.300 Tote – und ist nicht mal vorbei

HAMAS zu zerschlagen, doch wenn man sich den Kriegsalltag einmal anschaut, wird schnell deutlich, dass es um ganz andere Ziele geht. Mit dem Vorwand, man wolle einen entführten israelischen Soldaten befreien, drangen israelische Truppen in die palästinensischen Autonomiegebiete ein und verhafteten rund 2/3 der gewählten Minister der HAMAS, der Israel die Schuld an der Entführung zuschieben wollte. Tatsache ist jedoch, dass die HAMAS nicht an der Geißelnahme mitwirkte und sich auch so an den mit Israel vereinbarten Waffenstillstand festhielt.

Im Gegenteil, nur knapp 24 Stunden vor dem israelischen Angriff auf die PalästinenserInnen hatte die HAMAS den Staat Israel indirekt anerkannt und eine Zwei-Staaten-Lösung gutgeheißen.

In den palästinensischen Gebieten liegen enorme Wasservorräte, die Israel nicht an einen eigenständigen palästinensischen Staat abgeben kann. Ein solcher palästinensischer Staat würde die absolute Vormachtstellung Israels in der Region in Frage stellen, deshalb wird jeder Friedensprozess durch die andauernde Be-

der Treibstoffförderung erhebliche Defizite entstanden. Eine direkte Folge dieser Kollektivbestrafung, der israelischen Angriffe auf die für Zivilisten lebensnotwendigen Einrichtungen, sind Engpässe bei der Nahrungsmittel- und Medikamentenversorgung. Die Funktionsunfähigkeit der Kühlschränke hat zur Folge, dass die wenigen verbliebenen Nahrungsmittel nicht haltbar gemacht werden können.

Auch im Libanon sieht es nicht wesentlich anders aus. Ähnlich wie im Gazastreifen nutzte der israelische Staat eine Soldatenentführung, diesmal von der Hisbollah, als Vorwand, um den Libanon „20, 30 oder gar 50 Jahre zurückzubomben“, wie es ein hoher Militäroffizier ausdrückte. Die Äußerungen erinnern an eine Aussage eines ehemaligen US-Offiziers, der im Vietnamkrieg sagte, man wolle den Vietnam in die Steinzeit zurückbomben. Auch die Begründung, man habe die libanesische Hisbollah angegriffen, weil diese Raketen auf Israel abgeschossen hätte, ist eine glatte Lüge, denn dieser Raketenbeschuss setzte erst nach Beginn der israelischen Bombardements ein. Vorher beschränkte sich die Hisbollah ausschließlich auf militärische Ziele, die israelische Armee, die Teile des Südlibanons besetzt.

Krieg gegen die Zivilbevölkerung

Auch diesmal wurden fast ausschließlich zivile Gebäude und die Infrastruktur zerbombt. So zerstörte die israelische Luftwaffe einen Großteil des Straßennetzes und somit die Existenzgrundlage der LibanesInnen, was einem Verstoß gegen das Völkerrecht gleichkommt, doch gegen das verstieß Israel gleich mehrmals, als israelische Soldaten implodierende und Phosphorbrandbomben gezielt auf ZivilistInnen abwarfen. Auch scheute Israel nicht zurück, sogenannte Streubomben einzusetzen, Bomben, die aus mehreren kleinen Bomben bestehen, die dazu gedacht sind, große Flächen zu bombardieren. Doch auch sie sind international geächtet, da die Bomben einen sehr hohe Blindgängerrate aufweisen und die kleinen nicht explodierten Bomben wie Getränkebüchsen aussehen und deshalb besonders für Kinder attraktiv sind. Diese Bomben reißen oftmals noch Jahrzehnte nach dem Krieg Menschen in den Tod.

Insgesamt kostete der Krieg bis zur vorläufigen Waffenruhe rund 1100 ZivilistInnen auf libanesischer Seite das Leben, auf israelischer Seite waren es 40. Bei der Invasion starben 116 israelische Soldaten. Die Hisbollah beziffert ihre eigenen Verluste auf 80, die IDF spricht von 530. Die Wahrheit dürfte dazwischen zu finden sein. Damit sind etwa 4/5 der libanesischen Toten Zivilisten, bei den Israelis sind es gerade mal 1/4. Etwa

ein Drittel der toten LibanesInnen sind Kinder. Zwar begleitete die israelische Armee ihre Bombardements immer mit höflichen Aufforderungen an die Zivilbevölkerung, das Kampfgebiet doch bitte schleunigst verlassen, doch auf der anderen Seite machte Israel eben dies durch die Zerstörung der Straßen unmöglich.

Ein weiterer Grund, warum nur die Wenigsten wagten, dieser Aufforderung Folge zu leisten, war die Tatsache, dass israelische Kampfjets immer wieder Flüchtlingskonvois und sogar Krankenwagen angriffen. Aus Angst, auch von der israelischen Armee unter Beschuss genommen zu werden, blieben also viele LibanesInnen in den umkämpften Gebieten und setzten sich so dem Hunger und Durst aus, denn wie in Palästina, so wurden auch im Libanon systematisch die Elektrizitätswerke zerbombt. Trotz aller Gefahr, befanden sich zwischenzeitlich über eine Million LibanesInnen auf der Flucht – ein Viertel der Gesamtbevölkerung!

Die Rolle der UNO

Angesichts dieser mehrfachen Verstöße gegen das Menschenrecht, hätte eigentlich die UNO eingreifen sollen. Doch sie hielt sich sogar zurück, als die israelische Armee gezielt einen UN-Posten zerbombte und so vier UNO-Mitarbeiter tötete und das, obwohl der UN-Posten in den Stunden vor dem Angriff etwa 10 mal einen israelischen Verbindungsoffizier kontaktierte und ihn bat, die Angriffe einzustellen, da die Bomben dem Posten bedrohlich näher kamen. Dieser versprach jedes Mal, die Angriffe einzustellen, tat es aber bis zuletzt nicht.

Als die israelische Armee nur Tage später 56 ZivilistInnen, darunter 37 Kinder, des Ortes Kana massakrierte, verhinderten die USA, der engste Verbündete Israels, eine Resolution im UN-Sicherheitsrat, die den Angriff hätte verurteilen sollen.

Offiziell hat die UNO den Auftrag, durch Einbindung aller Staaten einen dauerhaften Weltfrieden zu schaffen und zu erhalten. Wenn man ihren Auftrag betrachtet und bedenkt, wie reaktionlos sie Massaker an ZivilistInnen hinnahm, so könnte man denken, dass sie einfach versagt hat. In Wirklichkeit ist es aber die Aufgabe der UNO, als Instrument der reichsten kapitalistischen Staaten zu fungieren. Im Rahmen der UNO treffen sich die Regierungen der verschiedenen imperialistischen Staaten und für die ist Israel ein wichtiger Vorposten im Nahen Osten, deren Armee mit Milliarden-Zuschüssen finanziert wird. So wird die UNO in Zukunft die Gebietseroberungen der israelischen Armee (IDF) durch UNO-Soldaten militärisch absichern.

Zu diesem Schluss kamen wohl auch die libanesischen DemonstrantInnen, die die UN-Zen-

Was ist die Hisbollah?

„Partei Gottes“; schiitisch, agiert vor allem im Südlibanon.

Stellt zwei Minister in der libanesischen Regierung.

Seit ihrer Gründung nach der israelischen Invasion 1982 eine Organisation des militärischen Widerstandes, hat aber auch immense Sozialprogramme.

Was ist die Hamas?

„Islamische Widerstandsbewegung“, sunnitisch, agiert vor allem im Gaza-Streifen aber auch in der Westbank.

Stellt die „Regierung“ in den palästinensischen Gebieten.

Nach ihrer Entstehung 1987 erst eine ausschließlich wohlthätige Organisation, sie wurde später auch im Widerstand gegen die Besatzung aktiv.

satzung und den Bau von israelischen Siedlungen sabotiert.

Bei dieser Sabotage geht es nicht darum, die HAMAS zu zerschlagen, sondern darum, die Zivilbevölkerung zu demoralisieren und weitere palästinensische Gebiete im Zuge des „Kampfes gegen den Terror“ zu annektieren.

So zerstörten die israelischen Streitkräfte (IDF) in einer ihrer ersten Kampfhandlungen das wichtigste Elektrizitätswerk der Region und sorgten so für einen 6-8 Monate dauernden Stromausfall, in dessen Folge die elektrischen Wasserpumpen ausfielen und auch in

++ Geschichte des Libanons ++ **1943** ++ Unabhängigkeit des Libanons ++ **Mitte der 70er bis 1990** ++ Bürgerkrieg zwischen christlichen Kräften auf der einen Seite und palästinensischen linken Kräften auf der anderen ++ **1976** ++ Syrien interveniert im Libanon auf Seiten der christlichen Milizen ++ **1978** ++ Israelische Armee invadiert bis zum Litni-Fluss / Entsendung der ersten UN-Truppen ++ **1982** ++ Israelische Invasion und Besetzung des Südlibanons / Hisbollah gegründet ++ **Mai 2000** ++ Ende der israelischen Besatzung mit Ausnahme der Shebaafarmen ++ **2005** ++ Syrische Soldaten verlassen Libanon ++ **14.7.2006-15.8.2006** ++ israelische Invasion im Südlibanon und Bombenangriffe im ganzen Land ++

Schutt und Asche



trale in Beirut stürmten und zerstörten, denn westliche Politiker, wie der deutsche Außenminister Steinmeier rufen lediglich zur „Mäßigung“ auf und sprechen sich dafür aus „die Relationen zu wahren“. Doch diese Aussagen lassen sich spätestens als leere, zynische Phrasen entlarven, wenn man bedenkt, dass es europäische Staaten sind, die Israel mit Waffen versorgen. So lieferte Deutschland erst vor kurzen hochmoderne U-Boote an Israel und auch die Schlagstöcke, die israelische Sicherheitskräfte in den besetzten Gebieten auf friedliche DemonstrantInnen niedersausen lassen, stammen aus Deutschland. Genauso zynisch ist es, wenn US-Außenministerin Rice in der einen Woche Bunkerbrechende Waffen an Israel verkauft und Tage später von einer Waffenruhe spricht.

Nach über einem Monat Schweigens verabschiedete die UNO eine Resolution, die aber eher durch die Bevorzugung Israels als durch ihre Gerechtigkeit auffällt. So haben die israelischen Streitkräfte noch monatelang das Recht, sich im Libanon aufzuhalten und UN-Soldaten werden die Gebietseroberungen Israels militärisch absichern. Auch die Wiederaufbaukosten soll nicht Israel tragen, sonder die UNO, wie Schweden forderte.

Ziele Israels und der USA

Da dieser Kampf ganz offensichtlich nicht nur den Milizen der Hisbollah gilt, bleibt die Frage, was sich Israel von diesem Krieg verspricht. Seit der ersten israelischen Invasion in den Libanon und der darauffolgenden, laut UNO-Resolution unrechtmäßigen, Besetzung der Shebaafarmen im Süden des Landes, welche aufgrund ihrer immensen Wasservorkommen strategisch von großer Bedeutung sind, bekämpft die Hisbollah mit militärischen Guerillaaktionen die israelische Besatzung. Die Hisbollah entstand überhaupt erst als Verteidigungskraft der Schiiten im Süden Libanons als Antwort auf die israelischen Invasion im Jahr 1982.

Ein militärischer Erfolg über die Hisbollah hätte den Einsatz einer Marionettenregierung im Libanon als Auftakt des „neuen Osten“, wie Condoleezza Rice es formulierte, ermöglicht.

Auch wäre der US-Imperialismus mit Israel in einer besseren Stellung, wenn es in den Iran-Feldzug ginge.

Ferner es auch möglich, dass Israel durch eine großangelegte Bodenoffensive Syrien provoziert und den Iran so zwingt, seine Bündnispflichten Syrien gegenüber einzulösen, indem es Stellung in einem möglichen Krieg gegen Israel bezieht. Dies würde den USA die Möglichkeit geben, sich als Retter in der Not zu präsentieren und einen seit langem geplanten Krieg gegen Syrien und den Iran zu starten. Doch Israel hat es nicht geschafft, seine Ziele zu erreichen, denn die Hisbollah leistete unerwartet starken Widerstand. Eine Fortsetzung der Invasion wäre eine Blamage für die israelische Armee geworden, so dass sie sich nun auf die Sicherung des bisher erreichten konzentrieren muss.

Doch Israel hält sich auch die Möglichkeit einer Fortsetzung der Invasion offen. Diese drohe der israelische Staat an, wenn die Hisbollah nicht vollständig entwaffnet werde, was unmöglich ist, wie auch Israel weiß. Die Guerillakämpfer der Hisbollah haben der IDF so viele Verluste zugefügt, wie es kaum eine reguläre arabische Armee in der Vergangenheit vermochte. Ihre Auflösung würde bedeuten, dass sich der Libanon der Willkür der viertgrößten Armee der Welt, der Israels, aussetzen würde.

Die Lösung

Es ist der falsche Weg, die Lösung bei nationalistischen Bewegungen zu suchen, wie es die Hisbollah und die HAMAS sind. Doch wir unterstützen ihren legitimen Widerstand gegen die israelischen Invasoren, denn als Linke stellen wir uns auf die Seite der Opfer des Imperialismus, denn ein Sieg über die IDF würde auch eine große Inspiration für die Völker Lateinamerikas, Asiens und Afrikas bedeuten, die selbst vom Imperialismus betroffen sind.

Denn die Tatsache, dass die Hisbollah nicht zerstört werden konnte, zeigt, ähnlich wie der andauernde Widerstand im Irak, dass sich arme Menschen mit Guerillataktiken gegen die modernsten Armeen der Welt wehren können.

Aber auf der anderen Seite lehnen wir den

reaktionären, islamistischen Charakter von HAMAS und Hisbollah ab, der nicht selten einen ekligen Antisemitismus enthält. Um einen dauerhaften Frieden zu erreichen, darf weder ein israelischer noch ein arabischer Vernichtungskrieg gegen den jeweils anderen geführt werden. Man wird erkennen müssen, dass dieser Krieg kein Konflikt zwischen zwei Völkern oder zwei Religionen ist, sondern im Grunde ein Kampf von einer Klasse gegen die andere. Es sind die Kapitalisten, die an diesem Krieg verdienen, weil sie Waffen verkaufen können und weil sie sich Rohstoffquellen sichern.

KeinE ProletarierIn hat Interesse an diesem Krieg, denn im Gegensatz zu den Mächtigen, müssen die ProletarierInnen um ihr Hab und Gut und um ihr Leben bangen. Auch müssen wir verstehen, dass sich die reaktionären Kräfte auf beiden Seiten, wie der israelische Likud-Block und die Kadima und die arabische Hisbollah und Hamas, sich gegenseitig den Nährstoff geben. Jede israelische Nagelbombe, die Löcher in palästinensische Kinder reißt, wird der Hamas neuen Zulauf bescheren, die wiederum durch ihre Selbstmordattentate auf israelische Zivilisten die Menschen in deren Arme treibt, die Bomben auf Kinder schmeißen und systematisch Wohnhäuser mit Bulldozern dem Erdboden gleich machen.

Um den Nahostkonflikt dauerhaft zu lösen, ist deshalb eine proletarische Revolution notwendig, um die Spaltung in Nationen und Klassen aufzuheben, damit Juden/Jüdinnen und AraberInnen friedlich zusammenleben können. Um diese Revolution zu ermöglichen, ist es wichtig internationalistische, sozialistische Strömungen zu unterstützen und aufzubauen.

Es wird nicht einfach werden die israelischen ArbeiterInnen von „ihrem“ Staate zu brechen, unter dem sie den arabischen Nachbarn gegenüber große Privilegien genießen. Doch es gibt bereits erste Ansätze, wie z.Bsp. Anti-Kriegsdemos in Israel selbst, auf denen sich Antikriegsproteste auch in Proteste gegen das System, das Kriege schafft, steigern können und müssen.

Selbstverwaltung? Nein, Danke.

Das Jugendhaus Ost in Wolfsburg soll geschlossen werden

Zu alt. Zu runtergekommen. Zu wenig Zuspruch bei Jugendlichen. Zu wenig Programm. Zu teuer. Nicht ins Konzept passend.

Die Liste mit fadenscheinigen Begründungen für die Schließung des selbstverwalteten Jugendhauses „Ost“ war lang. So war der Ratsentschluss für die Schließung nur noch reine Formsache. CDU, SPD, PUG sprachen sich einstimmig für die Schließung des JH aus.

Die Jugendlichen sollen sich in Zukunft nicht mehr selbst organisieren. Sie sollen ihre Freizeit im von der Stadt verwalteten „Zentrum für junge Kultur“ verbringen. In einem Zentrum in dem linke Jugendkultur überwacht und unterdrückt werden kann.

Das Jugendhaus Ost kostet die Stadt im Jahr 200.000€. Eine läppische Summe, die nicht mehr als die Heizkosten und die notwendigsten Reparaturen umfasst. Das Zentrum für Junge Kultur wird die Stadt in Zukunft jährlich etwa das sechsfache Kosten. 120 819 Euro Kapitalfolgekosten jährlich erwartet die Stadt. Ob die Umorganisation des Geldes in der Jugendarbeit von den Jugendlichen überhaupt gewünscht ist, fragt niemand.

Die 450 von Jugendlichen gesammelten Proteststimmen werden einfach ignoriert, während im nächsten Beschluss bereits 220 000

Euro für die Sanierung des Eingangsbereiches eines Bürgerparks genehmigt werden.

Nicht wenige Jugendliche fragen da nach der Gerechtigkeit. Warum die Stadt Millionen für Prunkbauten wie das „Phaeno-Science-Center“ ausgibt aber für das einzige selbstverwaltete Jugendhaus keine 20000€ im Jahr.

Die beschlossene Schließung bewegte die Wolfsburger Jugendlichen zu einem breiten Protest. Unter dem Motto „Wenn ihr uns die Jugendtreffs schließt, machen wir euch das Rathaus dicht“, besetzten Jugendliche für zwölf Stunden sämtliche Eingänge zum Rathaus und schoben den schockierten Regionalpolitikern so, mit Hilfe von Eisenketten und Vorhängeschlössern, einen Riegel vor.

Eine eindeutige Meinungsäußerung der Jugend an die Politik. Nachdem der einen halben Tag währenden Blockade durch die Polizei ein Ende gesetzt wurde, musste selbst Klaus Mors, erster Stadtrat der Stadt Wolfsburg, eingestehen, dass das Jugendhaus gute Arbeit geleistet habe. Jedoch betonte er, die Schließung wäre nicht finanziell motiviert.

„Wir organisieren die Jugendarbeit um. Da wir nicht mehr Geld bekommen können, müssen wir umschichten“, sagte er. Das Hauptaugenmerk liege dabei auf dem Zentrum jun-

ger Kultur, das im ehemaligen Hallenbad am Schachtweg entstehen soll.“

Leider konnte keine der Protestaktionen die Politik bisher umstimmen, bzw. den Beschluss rückgängig machen. SPD Politiker gestanden zwar mittlerweile ein, dass die geplante Schließung ein Fehler war. Jedoch könnten sie den Plan nicht mehr rückgängig machen.

Doch die Jugendlichen werden sich nicht unterkriegen lassen. Aktuell bestehen Planungen das Jugendhaus in einen e.V. umzuwandeln, der die Jugendlichen weiterhin selbst verwalten können. Dies ist zwar ein halber Sieg der Politik, aber auch ein halber Sieg für die alternative Jugend in Wolfsburg.

Dem Jugendhaus stehen harte Zeiten bevor, doch wir, als Revolution Wolfsburg werden stets unseren Beitrag zur Erhaltung des Jugendhauses leisten.

Wir sind der Meinung, dass es eine breite Protestbewegung geben muss. Wir dürfen uns nicht von kapitalistischen Regionalpolitikern bevormunden lassen.

Wir müssen für unser Jugendhaus, für unser Recht auf Selbstverwaltung, kämpfen. Denn „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

Für die Erhaltung des Jugendhauses Ost, für eine unabhängige, selbstverwaltete Jugendbewegung!

Von Sceles aus Wolfsburg.

Die Tageszeitung
junge Welt
Gegründet 1947 · Sonnabend/Sonntag, 1. ...
Nr. 12 · 1,30 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt

Wenig erwarten
Am Sonntag findet in Chile die ...
um das Präsidentenamt ...
Interview mit Tomás H ...

Immer mitm:
Mumia Abu-Jamal:
der USA u ...
politik des ...

Gutschein
für eine starke Linke
20,-
im Wert von

Gutschein
 Bitte schicken Sie mir die Tageszeitung *junge Welt* für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
Name/Vorname _____ revolution
Telefon _____
Straße/Nr. _____
PLZ/Ort _____
 An den Kosten beteilige ich mich mit 5,50 Euro pro Testabo (bzw. einer Spende in Höhe von _____ Euro).
 Ich beteilige mich nicht an den Kosten. Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:
Geldinstitut _____
Bankleitzahl _____
Kontonummer _____
Datum/Unterschrift _____
Den Coupon schicke bzw. faxe ich an:
Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33,
10178 Berlin, Fax: (0 30) 53 63 55 44.

Sie sind für eine starke Linke? Die gegen Kriegstreiberei, Sozialraub, Rassismus, Nazismus Position bezieht? Die radikal ist, weil sie das Übel an der Wurzel packt? Die über Eigentumsfragen und Klassenkampf nicht schweigt, weil sie Sozialismus will? Die sich über Unterschiede und Grenzen hinweg vernetzt? Die gewerkschaftliche Organisierung befördert? Für die internationale Solidarität Grundanliegen und keine Modefrage ist? Die kulturelle und politische Gegenmacht organisiert, auch international? Dann brauchen Sie auch eine andere Tageszeitung.

Das Angebot kann nur im Inland BRD und nur einmal pro Haushalt genutzt werden.
* Das Testabo würde Sie im Einzelverkauf am Kiosk etwa 20 Euro kosten. Es beginnt montags und endet automatisch nach drei Wochen.

Jetzt die Tageszeitung junge Welt drei Wochen kostenlos und unverbindlich lesen.*

8

Ein Sommer-nachts-alptraum



Diesen Sommer tobte etwas durch Deutschland, welches verglichen mit Hurrikan Katrina oder dem Tsunami in Südostasien ein Witz, vor allem aber für die Linke in der BRD eine Katastrophe war.

Von 9. Juni bis 9. Juli in Deutschland: Im Vorfeld durften wir schon viel über sie lesen. Es wurden die schlimmsten Hooligan-Krawalle vorhergesehen und die brutalsten Terroranschläge herbei geredet. Das Grundgesetz sollte ausgehöhlt und High-Tech-Militär zum Einsatz kommen.

Am 9. Juni war es soweit: das Eröffnungsspiel in München konnte beginnen und zugleich ebenso ein nationalistischer Hype, welcher nach dem Zweiten Weltkrieg wohl selten so groß war. Fuhr man mit der Bahn, mit dem Bus oder ging gar in der Innenstadt zu Fuß, überall sah man Schwarz-Rot-Gold bzw. „Schwarz-Rot-Geil“, wie der Springer-Verlag es umtaufte.

Schon nach wenigen Tagen vermeldeten die Bau- und Supermärkte: Deutschland-Fahnen ausverkauft! Auf einmal war es wieder hip, sich zu Deutschland zu bekennen. Niemand musste mehr Gefahr laufen, als Nazi abgestempelt zu werden.

Die sonst nur von Fussballspielen bekannten und oft als asozial abgestempelten größten Männerhorden, welche durch die Straßen zogen und sangen, waren nun vor und nach dem Spiel überall zu sehen.

Die Parallelen

Wer daraufhin Parallelen zog zu den Olympischen Spielen 1936 in Berlin, der wollte dem feienden Deutschland-Mob halt einfach seinen Spaß nicht gönnen. Und doch, dort sind einige Parallelen. Wie '36, so nutze die Regierung und auch der „Standort Deutschland“ dieses Großevent, um sich weltoffen und freundlich zu präsentieren. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt uns, dass 1936 antisemitische und sonstige diskriminierende Schilder und Hinweise entfernt wurden. 2006 geschieht etwas ähnliches: „Die Welt zu Gast bei Freunden“ hieß das WM-Motto und doch wurden eben diese „Freunde“ aus Ländern der 3. Welt aus Deutschland abgeschoben. Wer bleiben durfte, musste, vor allem in Ostdeutschland, Angst davor haben Opfer einer neonazistischen Attacke zu werden.

„Brot und Spiele fürs Volk“ – so präsentierte man den party-betäubten Massen ganz einfach die neue Planung bezüglich Gesundheitsreform etc. und kaum einer scherte sich drum.

Starke Führungspersonen waren wieder gefragt – „Der Kaiser“ Franz Beckenbauer präsentierte sich vor und während dem Turnier als der

Übervater der Weltmeisterschaft und beschäftigte sich, als Fußballakteur nun auch mit Politik. So befürwortete er unter anderem auch Bundeswehr- und gar NATO-Einsatz im Innern.

Auch konnte mit der WM bestens gewonnen werden. Zwar hatte die Fifa alle wirklichen Marken wie Fussballweltmeisterschaft 2006 etc. schon für sich und seine Top-Sponsoren um Adidas, Coca Cola und McDonalds beansprucht. Beim Thema Sponsoren fällt auch gleich sehr auf, dass die sonst finanziell-desolate Deutsche Bahn als Nationaler Sponsor Millionen in die WM pumpte und sowohl Fahrgast als auch Steuerzahler somit für dieses Megaevent nicht das erste Mal unfreiwillig blechen musste.

Nicht zu vergessen auch der Punkt, dass der „Standort Deutschland“ beworben werden sollte in aller Welt mit Gastfreundlichkeit, Qualität, Ordnung, Zuverlässigkeit und Sicherheit. Und wo wir grad bei Sicherheit sind: wo waren nun die abertausenden Hooligans die das Fest der Fussball-Völker zerstören wollten? In Presse und Medien jedenfalls waren sie so gut wie nirgends erwähnt worden.

Die Ausschreitungen

Berichte über Ausschreitungen wurden ganz klein in die letzte Ecke der Zeitung gequetscht, doch sie waren da. So erfuhr der/die Aufmerksame unter anderem, dass nach und vor dem Spiel Deutschland-Polen etwa 500 Fans festgenommen wurden; dass am Rande der englischen, holländischen und deutschen Spiele immer wieder Gruppen von bis zu 20 Personen in Gewahrsam genommen wurden. Die deutsche Presse verstand sich nur zu gut darin, derartige Dinge zu vertuschen.

Alles in allem konnte also, vor allem dank der Medien, der Eindruck vermittelt werden, dass Deutschland der ideale Standort für Großkonzerne sei. Im innern friedlich und sauber mit BürgerInnen, die genau das taten was sie sollten: friedlich feiern und konsumieren. Die Brauereien freuten sich geradezu über die Blüte ihrer Industrie und die verzeichneten Rekordgewinne.

Nun ja, alles in allem ist zu sagen, dass es wirklich ein anstrengender Monat war. Die Deutschland-Fahne konnte sich in der Öffentlichkeit etablieren und der deutsche „harmlose“ Patriotismus erblühte wie selten zuvor nach 1945. Hinsichtlich der Fußball-EM 2008 in Österreich und der Schweiz sollte die Linke schon jetzt versuchen, durch Aufklärung einen erneuten nationalistischen Supergau zu verhindern.

von Rah aus Stendal

Zu Besuch in Stralsund

Am 13. Juli kam G.W. Bush Junior nach Stralsund, um mit Angelika Merkel über verschiedene Themen zu debattieren. Seine Einladung und die ganze Veranstaltung war nichts weiter als eine Werbeveranstaltung für die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, da im September die Landtagswahlen stattfinden.

Am 12.7. landete G.W. in Rostock-Laage und flog mit einem Hubschrauber nach Heiligendamm, wo er in dem Hotel Kempinski übernachtete (dem Hotel in dem auch der G8 Gipfel im Juli 2007 stattfinden wird).

Am 13.7. ging es dann mit dem Hubschrauber nach Stralsund, wo es zum Treffen mit A. Merkel und ausgesuchten mecklenburgischen PolitikerInnen, zumeist der CDU angehörig, und Wirtschaftsgrößen kam. Des weiteren durfte eine ausgesuchte Schar JournalistInnen und BürgerInnen den US-Präsidenten sehen.

Im Laufe des Tages ging es dann mit dem Auto in das als schönste Dorf in MV geltende Trinwillershagen. Anschließend ging es nach St. Petersburg zur G8 Konferenz.

Um die Sicherheit des mächtigsten Mannes der Welt zu garantieren, wurden keine Kosten und Mühen gescheut. Mehr als 15.000 Bullen waren im Einsatz, Scharfschützen auf Stralsunds Dächern, Zivilbullen an den öffentlichen Stränden, Hundestaffeln, Wasserwerfer und Räumpanzer. 1.300 Gulleiche wurden zugeschweißßt. Es gab einen Bereich von 400 mal 400 Meter, die sogenannte „Deadzone“, in die nur die AnwohnerInnen sowie Bullen hinein durften.

Am 13.7. haben rund 2.000 Menschen in Stralsund gegen Bush und Merkel demonstriert – nicht schlecht für eine Demo mitten in den Ferien!

Dort wurden jede Menge Reden gehalten, von der örtlichen SPD, PDS Grünen, usw. Nur wenige Reden gingen direkt gegen die von G.W. geführten Angriffskriege, wobei selbst diese Reden den eigentlichen Hintergrund der Kriege verkannten: Der Irakkrieg wurde als Produkt von Bushs „schlechter Politik“ oder „Dummheit“ dargestellt, ohne darauf einzugehen, dass hinter Bush eine Kapitalistenklasse steht, die ein konkretes Interesse an den imperialistischen Kriegen der Bush-Administration hat.

Nach einer halben Stunde auf der Route kamen 5-6 Faschos aus einer Querstrasse auf unseren Block zu. Wir DemonstrantInnen nahmen die Sache schnell in die Hand und verjagten die Nazis.

Auf der Abschlussveranstaltung der Demo wurden wieder einige Reden gehalten, und zum Schluss traten die Crashing Caspers mit den Worten „A.C.A.B – ALL COPS ARE BASTARDS“ auf die Bühne.

Alles in allem war es eine friedliche Demo: die Bullen hielten sich zurück, was aber nur durch die geringe Teilnehmerzahl zu erklären ist, da die Polizei es nicht für nötig hielt, die DemonstrantInnen einzuschüchtern. Beim G8-Gipfel in Heiligendamm müssen wir viel stärker präsent sein, damit auch ein paar tausend Bullen uns nicht einschüchtern oder aufhalten können.

von Clark aus Rostock

Demokratischer Zentralismus... Schalalala!

Bei der internationalen Konferenz von REVOLUTION ging es um weit mehr als diese Parole

Zwischen dem 11. und 14. Juli 2006 versammelten sich 18 Delegierte sowie einige BeobachterInnen zur II. Internationalen Revolutionen Konferenz im Prager Stadtrandbezirk Opavov. Ziele einer solchen Konferenz ist es die Arbeit seit der letzten Konferenz zu bilanzieren, internationale Strukturen zu wählen, sich programmatisch aufzustellen aber natürlich auch Erfahrungen auszutauschen und Probleme sowie Differenzen zu diskutieren.

Im Anschluss an die Berichte aus den einzelnen Sektionen sollten dann auch einige brennende Fragen aufgeworfen werden, wie zum Beispiel unser Verhältnis zu anderen Organisationen, insbesondere zur Liga für die Fünfte Internationale (LFI, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht, GAM), mit der wir uns in politischer Solidarität befinden. Dabei ging es um die Frage in wie weit eine solche externe Organisation innerhalb von REVOLUTION Einflussmöglichkeiten erhalten bzw. behalten sollte.

Mitglieder der LFI in REVOLUTION, die auf der Konferenz die überwiegende Mehrheit waren argumentierten, dass Revo in erster Linie eine aktivistisch ausgerichtete Jugendgruppe sein sollte, mit der LFI als politische Führung, so eine Art Thinktank im Hintergrund – ein Verhältnis wie es auch in den großen Massenparteien üblich ist.

Unabhängigkeit

Wir von Revo Germany – eine Sektion, die unabhängig von der LFI arbeitet – würdigten natürlich den Einsatz zahlreicher LFI-Mitglieder beim Aufbau von REVOLUTION, argumentierten jedoch auch für einen möglichst offenen

Dialog auf gleicher Augenhöhe.

Wir verwiesen darauf, dass es für Jugendliche, die revolutionäre Politik machen wollen, möglich sein muss, sich in einer unabhängigen Jugendorganisation zu engagieren, um aus eigenen Erfolgen und Fehlern zu lernen. Unabhängigkeit darf nicht bloß eine Phrase sein oder sich nur auf rein organisatorische Fragen beschränken. Eine weitreichende Unterordnung unter die Interessen anderer Organisationen, mit dem einzigen Ziel, das Verhältnis zwischen den befreundeten Gruppen nicht zu gefährden, sehen wir als hinderlich und im Endeffekt auch nicht besonders solidarisch an.

Zumal gerade in für den Klassenkampf wichtigen Ländern wie Deutschland oder Frankreich es nicht zuwenig rein aktivistische ausgerichtete linke Jugendgruppen gibt, sondern zu wenig wirklich politische. Erst wenn eine Jugendorganisation in der Lage ist, ihre eigene Politik auszuarbeiten, kann sie wirklich unabhängig oder überhaupt revolutionär sein.

Theorie

„Rückendeckung“ haben wir, im übertragenen Sinn, dabei von der Kommunistischen Internationale Lenins und Trozki, die 1919 im Verhältnis zur ihrer Jugendinternationale die Position vertraten, dass „die gesamte Geschichte der proletarischen Jugendbewegung in jedem Land zeigt, dass nur unabhängige, das heißt selbstbestimmte Jugendorganisationen kühne und entschlossene revolutionäre Kämpfer hervorbringen.“

Doch diese Ideen wurden zurückgewiesen mit einer Kampagne für „mehr demokratischen

Zentralismus“ in REVOLUTION. Das Prinzip des Demozent bedeutet möglichst breite demokratische Diskussion und möglichst geschlossene Aktion; diese Geschlossenheit kann eben nur aus der Demokratie erwachsen.

Doch auf dieser Konferenz bedeutete „Zentralismus“ nichts anderes als die Unterordnung von unabhängigen Revo-Gruppen unter der Führung der LFI. Dieser Zentralismus würde nicht auf die gemeinsame Ausarbeitung eines politischen Konzepts, sondern auf das gemeinsame Gehorchen einer anderen Organisation basieren.

Ein zentraler Knackpunkt, war die Tatsache, dass die LFI sich nur einen Monat zuvor gespalten hat und in dessen Folge aus der einen nun zwei Organisationen wurden, die sich eigenem Bekunden nach in politischer Solidarität mit Revolution befinden. Dieser Konflikt war in der Konferenzvorbereitung nicht wirklich Thema, wurde aber in Prag dann doch, wenn auch indirekt, ausgetragen. Casus belli war der Bericht der australischen Sektion.

Da die Sektion sehr klein ist, nahm sie im vergangenen Jahr in erster Linie an Einheitsfrontaktionen mit anderen Organisationen zusammen teil. Die Sektion ist zudem mit der LFI-Abspaltung „Permanent Revolution“ (PR) eng verbunden. LFI-Mitglieder sahen darin Indizien, es würde den australischen Genossen nicht um einen kontinuierlichen Aufbau von REVOLUTION als eine kommunistische Jugendorganisation gehen und forderten, dass der Status der australischen Gruppe auf Sympathisanten von REVOLUTION zurückgesetzt werden sollte.

Verlassen

Die unabhängigen Revo-AktivistInnen – und dazu zählt wie schon gesagt unsere Sektion – traten stattdessen dafür ein, dass auch und gerade kleine Sektionen ohne unmittelbaren Bezug zur LFI auf Grundlage unseres Manifestes: „The Road to Revolution“ Teil unserer internationalen Tendenz sein sollten können. Die Australische Sektion hat außerdem in den letzten Jahren sehr wohl eine Menge für REVOLUTION international getan, insbesondere unsere bisher einzigen Sektion in der dritten Welt, in Indonesien, geholfen sich zu entwickeln.

Da unsere australischen GenossInnen trotzdem ausgeschlossen wurden, entschieden sich alle unabhängige Delegierte, aus Solidarität gemeinsam die Konferenz zu verlassen und den Tag nicht im stickigen Sitzungssaal sondern in der schönen Prager Altstadt ausklingen zu lassen.

Im Zusammenhang mit der Auswertung der Konferenz entschieden wir uns auf dem REVO-CAMP 2006, zwei Wochen später in Liberec, eine neue Tendenz namens „independent REVOLUTION“ zu gründen, um die Interessen unabhängiger Revo-Mitglieder besser und transparenter in der Gesamtorganisation vertreten zu können.

Die Konflikte auf der Konferenz und die notwendige Gründung von iRevo bedeuten wichtige Schritte für die Entwicklung einer wirklich unabhängigen kommunistische Jugendorganisation. Und zwar genau so wie schon Lenin und Trozki, in deren Tradition auch die LFI steht, sie sich vorstellten.

von Carsten aus Lichtenberg



Organize

REVOLUTION ist eine internationale kommunistische Jugendorganisation. Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus. Zusammen mit GenossInnen auf der ganzen Welt treten wir für eine World Revolution ein. Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

Revo Berlin

Treffen: Café Rojo – siehe Seite 2
info@onesolutionrevolution.de

Revo Bernau

Treffen: im Dosto – Termin erfragen
www.revo-berna.de
berna@onesolutionrevolution.de

Revo Wolfsburg

Treffen: jeden Donnerstag um 17 Uhr
Jugendhaus Ost, Walter-Flex Weg 2
wolfsburg@onesolutionrevolution.de

Revo BRD

muenster@onesolutionrevolution.de
stuttgart@onesolutionrevolution.de

Revo Schweiz

www.revo.ch.tc
revo_info@gmx.ch

Revo Weltweit

CZ revo.revoluce.info
UK www.worldrevolution.org.uk
SE www.revolution.se
AT www.revolution-austria.at
IN revoindonesia.blogspot.com
AU www.onesolutionrevolution.org

Introducing iRevo...

Alle unabhängige Mitglieder in Revo, die am ersten Tag des REVOCAMP 2006 anwesend waren, haben eine unabhängige Tendenz innerhalb REVOLUTION gegründet.

Wir stehen hinter dem Konzept und dem Programm von Revo. Wir können jedoch die Strukturen von Revo, die auf einer Konferenz geschaffen wurden die nur eine einzige Fraktion repräsentierte, nicht anerkennen. Wir können den Ausschluss von Revo Australien nicht akzeptieren.

Wir wollen mit der Liga für die Fünfte Internationale (LFI) zusammenarbeiten, wie auch mit anderen Gruppen, die unser Programm teilen, aber auf einer ehrlichen, offenen Grundlage und auf gleicher Augenhöhe. Wir erkennen die Arbeit der LFI-Mitglieder zum Aufbau von Revo an. Aber ihre fraktionelle Arbeit hat die Demokratie untergraben und zerstört Revo als eine internationale Organisation.

Wir werden dafür kämpfen, Revo wirklich unabhängig zu machen, nach den Prinzipien von Liebknecht, Lenin, Trotzki und der LFI selbst, zumindest offiziell. Wegen der Praxis der LFI-Führung, alle wichtigen Entscheidungen und Dokumente für Revo zu machen (was die LFI-Fraktion in der Vergangenheit zu verneinen versuchte und auch weiterhin verneint) kann Revo nicht politisch und auch nicht organisatorisch unabhängig sein.

Die erste internationale Konferenz von Revo, auf der die LFI-Führung neue Strukturen einführte, stürzte die Organisation in eine Krise. Die zweite Konferenz hat neue Strukturen eingeführt, die nur die LFI-Fraktion beinhalten, in welchen mehrere Sektionen nicht repräsentiert sind, und das hat die Krise noch vertieft. Die offiziellen Strukturen von Revo sind von einem großen Teil der Organisation nicht anerkannt.

Um die Einheit beizubehalten, brauchen wir Strukturen die von allen anerkannt werden. Daher schlagen wir ein provisorisches internationales Komitee vor, zusammengesetzt aus jeweils einem Mitglied jeder Sektion, die australische Sektion eingeschlossen.

Der demokratische Zentralismus ist die einzige Organisationsform für Kommunisten. Aber wenn die Demokratie von einer Mehrheitsfraktion blockiert wird, kann der Zentralismus nur bürokratisch sein. Wir können eine Form von „Demokrati-

schem Zentralismus“ nicht akzeptieren, der Gehorsam gegenüber den Befehlen der LFI bedeutet.

Um eine vereinte internationale Organisation zu schaffen, müssen wir die Erfahrungen und die politischen Positionen der verschiedenen Sektionen in einer demokratischen Diskussion zusammenführen. Das ist unmöglich, wenn die Dokumente von Revo von fünf älteren Männern aus der LFI-Führung ausgearbeitet werden.

Unsere Tendenz ist nötig, solange eine geschlossene Mehrheitsfraktion die Organisation kontrolliert. Wir rufen diese Fraktion dazu auf, sich aufzulösen und LFI-Mitgliedern in Revo die Möglichkeit zu geben offen zu arbeiten.

Der Kapitalismus wird sich nicht selbst zerstören. Viva iRevo!

Independent REVOLUTION, 31. Juli 2006

Wer wir sind...

Independent REVOLUTION, iRevo *, ist eine Tendenz in der internationalen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION, die aus Revo Germany, Revo Schweiz und der Hälfte von Revo Tschechien besteht, mit UnterstützerInnen in anderen Ländern. Die unabhängige Tendenz wurde auf dem REVOCAMP 2006 in Liberec gebildet, kurz nach der internationalen Delegiertenkonferenz in Prag, welche die LFI-Fraktion zur Etablierung der Herrschaft der LFI-Führung über alle Revo-Sektionen nutzen wollte. Wir rufen alle Mitglieder von REVOLUTION, die eine wirklich unabhängige kommunistische Jugendorganisation aufbauen wollen und alle LFI-Mitglieder, die nicht länger die Praxis unterstützen können, etwas zu machen und etwas Anderes zu sagen, dazu auf, sich uns anzuschließen.

Wir werden auf dieser Website alle Dokumente veröffentlichen, die mit den Kämpfen zu tun haben, die letztlich zur Formierung von iRevo führten. Nicht weil wir glauben, dass unsere kleine Gruppe sehr bedeutend wäre, sondern weil die Themen die debattiert werden, wie die Bedeutung von „unabhängige Jugendorganisation“, für eine breitere Bewegung wichtig sind.

* ein Zeichen dafür, dass wir jederzeit gewillt sind, gute Vorschläge aus der LFI anzuhören und umzusetzen, ist der Name "iRevo" (thanks, Josh!)

www.iRevo.int.tc

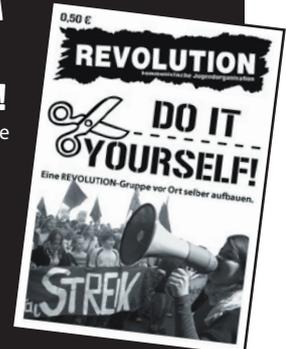


Der Weg zur Revolution

Manifest der kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION
A5-Broschüre, 24 Seiten,
1 Euro

Do It Yourself!

Eine REVOLUTION-Gruppe vor Ort selber aufbauen.
A5-Broschüre, 8 Seiten,
0,50 Euro



Forum

Willst du die Ideen in dieser Zeitung diskutieren?
Dann besuche das Revo-Forum:
www.onesolutionrevolution.de/forum

Blöd

Zeitung der Jugendgruppe
Konterrevolution

Antifaschistische Chaoten von der Polizei aufgehalten

Am 19. August sollte eine Demonstration zum Gedenken an den Hitlerstellvertreter Rudolf Hess im bayerischen Wunsiedel stattfinden. Nachdem diese Demo verboten war, fand eine Demo „für Meinungsfrei“ mit 100 Teilnehmern in Berlin statt, die überhaupt nicht das Geringste mit der ersten Demo zu tun hatte.

Eine Verherrlichung des Nationalsozialismus ist strafbar – aber die patriotisch gesinnte Demonstranten in Berlin haben nur einen „nationalen Sozialismus“ gefordert, was offensichtlich etwas ganz anderes ist.

Wie zu erwarten haben autonome Chaoten von den Chaoten-Abteilungen der Grünen, der PDS, ver.di usw. versucht, ihr Recht auf Demonstrationen mit aller Gewalt zu unterbinden. Zum Glück konnten einige tausend Beamte rechtzeitig einschreiten, um mit angemessenen Mitteln den Weg frei zu machen und die Demokratie zu verteidigen. Ein bisschen harmloser Pfefferspray in den Augen und schon sind die Chaoten weg!

Nun, wir von der BLÖD-Zeitung möchten uns natürlich von den Verbrechen des Dritten Reiches distanzieren. Aber wer dem Hitlerstellvertreter Rudolf Heß gedenkt, muss man nicht zwangsläufig als Nazi beschimpfen, oder?

von Kedalw, BLÖD-Reaktion-Redaktion



Schüler-Chaoten in Berlin wollen durch Streik Chaos stiften! **Seiten 3**

Gott's Dank!

Kommunistische Gehinwäsche fehlgeschlagen!



Wie jedes Jahr riefen auch 2006 die selbsternannten Nachwuchs-Revolutionäre der kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION ahnungslose Jugendliche dazu auf, an ihrem Sommercamp teilzunehmen.

So versammelten sich Revos und Nicht-Revos aus fünf Ländern am 31. Juli in Liberec, um dort das „REVO CAMP“ abzuhalten.

Schon die Bezeichnung „Camp“ entlarvt die Kommunisten ein weiteres Mal als unverschämte Lügner, denn das Camp fand in einem Studentenheim statt.

Das REVO CAMP, von den Kommunisten gedacht als Möglichkeit für hemmungslose Indoktrination, verlief dann aber doch so, wie es in Wirklichkeit nur angeblich laufen sollte: Statt dass die zahlreichen Seminare zu „Ausbeutung“, Anarchismus, Libanon, Faschismus und vielen anderen Themen von den Teilnehmern einfach stillschweigend aufgenommen und die REVOLUTION-Meinung ebenso einfach übernommen wurde, gab es viel Diskussion.

Auch kamen Kadavergehorsam und Führerkult – Grundlagen des Kommunismus, ge-

nau wie des Nationalsozialismus – überhaupt nicht zum Tragen. Vielmehr gab es heftige Diskussionen über den Charakter der Organisation selbst. Gefeierte wurde auch ohne bolschewistische Disziplin bis spät in die Nacht.

Es scheint als hätten die Revos, damit konfrontiert, dass all ihre feigen Pläne durch Gottes Fügung durchkreuzt waren, vollständig den Verstand verloren. An einem Tag fuhr eine Teilnehmer-Gruppe nach Prag und besuchte dort das Kommunismus-Museum, ein Meisterwerk, wo der Terror der roten Faschisten treffend dargestellt wird. An einem anderen Tag spielte man ein Planspiel mit dem Titel „Die ungarische Revolution 1956“, in welchem der glorreiche Aufstand des ungarischen Volkes gegen die kommunistische Schreckensherrschaft 50 Jahre danach in einen Versuch der politischen Revolution der Arbeiterklasse umgedichtet und dann von den Teilnehmern nachgespielt wurde.

Am 5. August verließen die letzten auswärtigen Revos Liberec ohne ihr Versagen bemerkt zu haben...

von Awalaj, BLÖD

Schüler-Chaoten in Chile versinken das Land in Chaos! **Seite 4**

Chaoten-Jugendzentrum in Wolfsburg muss geschlossen werden! **Seite 9**